



**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 16. April 2008**

Vorlagen-Nr. 07-F-25-0098

**Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
FDP vom 12.09.2007 -**

**Vorbemerkung:**

Gleichstellung und Integration von behinderten Menschen und die Sicherung der sozialen, kulturellen, gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel der Wiesbadener Behindertenpolitik. Seit 1994 ist das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz festgeschrieben. In Wiesbaden leben rund 30 000 Menschen mit Behinderungen, ihre Lebenswirklichkeit entspricht jedoch immer noch nicht den Vorgaben der Verfassung. Behinderte Menschen stoßen auch in Wiesbaden immer noch und immer wieder auf Barrieren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen zur Herstellung der Barrierefreiheit Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 HessBGG getroffen werden.

Des weiteren wird der Magistrat beauftragt, gemäß § 9 Abs. 2 HessBGG zu prüfen, ob und wie in Wiesbaden die Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bei allen Planungen und Maßnahmen umzusetzen ist.

Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2008 vorzulegen.

---

**Beschluss Nr. 0055**

1. Der Bericht des Dezernates VI vom 13.03.2008 wird zur Kenntnis genommen
2. Der Magistrat sagt zu, auf Grundlage einer in Auftrag gegebenen Expertise einen Bericht zu fertigen, der voraussichtlich noch vor der Sommerpause dem Ausschuss zur Beratung vorliegen wird.
3. Der Magistrat wird gebeten einen Geschäftsprozess innerhalb der Verwaltung zu definieren der sicherstellt, dass die Belange der Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Es wird gebeten zu prüfen, ob ggf. der Teil D einer Sitzungsvorlage um den Abschnitt „Barrierefreiheit“ ergänzt werden kann.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2008

Diers  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2008

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .04.2008

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister